



Fall-Nr.: B 2015/146 und B 2015/147
Stelle: Verwaltungsgericht
Rubrik: Verwaltungsgericht
Publikationsdatum: 26.04.2017
Entscheiddatum: 26.04.2017

Entscheid Verwaltungsgericht, 26.04.2017

Steuerrecht. Art. 13 Abs. 1 und 15 Abs. 1 StG (sGS 811.1). Art. DBG (SR 642.11). Art. 4 Abs. 1 StHG (SR 642.14). Ein Steuerpflichtiger mit Wohnsitz im Kanton St. Gallen verlegte auf Januar 2008 den Sitz seiner Einzelunternehmung von seinem Wohnort nach F. im Kanton Schwyz und auf Januar 2012 wieder zurück an seinen Wohnort im Kanton St. Gallen. Bestätigung der vorinstanzlichen Verweigerung der steuerrechtlichen Anerkennung des zivilrechtlichen Sitzes der Einzelunternehmung im Kanton Schwyz in den Jahren 2008 bis 2010 durch das Verwaltungsgericht (Verwaltungsgericht, B 2015/146 und B 2015/147).

Besetzung

Präsident Eugster; Verwaltungsrichter Linder, Bietenharder, Zindel; Ersatzrichter Engeler; Gerichtsschreiber Schmid

Verfahrensbeteiligte

A.Y. und B.Y.,

Beschwerdeführer,

gegen

Verwaltungsrekurskommission des Kantons St. Gallen, Unterstrasse 28, 9001 St. Gallen,



St.Galler Gerichte

Vorinstanz,

Kantonales Steueramt, Davidstrasse 41, 9001 St. Gallen,

Beschwerdegegner,

Eidgenössische Steuerverwaltung, Hauptabteilung Direkte Bundessteuer,
Eigerstrasse 65, 3003 Bern,

Beschwerdebeteiligte,

Gegenstand

Kantons- und Gemeindesteuern (Einkommen und Vermögen 2008-2010) sowie direkte Bundessteuer (Einkommen 2008-2010)

Das Verwaltungsgericht stellt fest:

A.

a. A.Y. und B.Y. sind als Ehepaar gemeinsam steuerpflichtig. Das von A.Y. geführte Einzelunternehmen Q. Consulting verlegte gemäss Handelsregister auf Januar 2008 den Sitz von S. nach F./SZ und auf Januar 2012 wieder zurück nach S. Mit Schreiben vom 24. Februar 2010 forderte die Steuerbehörde das Ehepaar A.Y. und B.Y. auf, weitere Belege zur Steuererklärung 2008 einzureichen, worauf die Steuerpflichtigen Kontoblätter und Rechnungen betreffend die Jahre 2007 und 2008 nachreichten (act. G 9/6 2.01a, b, 8.01). Mit Schreiben vom 5. Mai 2010 forderte die Steuerbehörde den Arbeitsvertrag des Steuerpflichtigen einschliesslich Vereinbarungen mit der K. AG, die



St.Galler Gerichte

Jahresrechnung 2008 sowie sämtliche Hauptbuchkontoblätter, Buchhaltungsbelege und Versicherungs- und Vertragsunterlagen einschliesslich Mietverträge der Q. Consulting an. Sodann verlangte sie einen Nachweis der Sitzverlegung von S. nach F. auf Januar 2008 einschliesslich Nachweis der Infrastruktur am Domizil in M., Gemeinde O./SZ (act. G 9/6 2.01e). Am 25. Mai 2010 reichten die Steuerpflichtigen einen Mietvertrag betreffend Büroraum in M. bei O. ein und teilten mit, dass kein Arbeitsvertrag und keine Vereinbarung mit der K. AG bestehen würden. Die Q. Consulting sei eine selbständige, unabhängige Einzelfirma (act. G 9/6 8.01e). Mit Verfügungen vom 5. März 2014 wurde das Ehepaar A.Y. und B.Y. für die Kantons- und Gemeindesteuern 2007 bis 2010 mit steuerbaren Einkommen von Fr. 49'900.-- (2007), Fr. 108'400.-- (2008), Fr. 56'100.-- (2009) und Fr. 80'500.-- (2010), für die direkte Bundessteuer 2007 bis 2010 mit steuerbaren Einkommen von Fr. 44'900.-- (2007), Fr. 96'200.-- (2008), Fr. 43'700.-- (2009) und Fr. 67'500.-- (2010) sowie mit steuerbaren Vermögen bei den Kantons- und Gemeindesteuern von Fr. 1'157'000.-- (2007), Fr. 1'013'000.-- (2008), Fr. 980'000.-- (2009) und Fr. 1'256'000.-- (2010) veranlagt (act. G 9/6 2.6, 3.01, 9.01, 14.01., 20.01).

b. In ihren Einsprachen gegen die Veranlagung der Kantons- und Gemeindesteuern und direkten Bundessteuer der Jahre 2007 bis 2010 vom 15. März 2014 beanstandete das Ehepaar A.Y. und B.Y. insbesondere die Annahme der Steuerbehörde, dass der Sitz der Q. Consulting in den Jahren 2008 bis 2010 nicht in F., sondern in S. gewesen sei (act. G 9/6 4.01, 10.01, 16.01, 22.01). Nachdem die Steuerbehörde am 18. März 2014 die Hauptbuchkontoblätter der Q. Consulting für 2009 und 2010 sowie sämtliche Buchhaltungsbelege für 2007 bis 2010 und einen Nachweis des Bestehens einer Betriebsstätte in O. verlangt hatte (act. G 9/6 4.02, 10.02, 16.02, 22.02), machten die Steuerpflichtigen mit Schreiben vom 31. März 2014 den Eintritt der Veranlagungsverjährung für 2007 und 2008 geltend und verweigerten die Einreichung der verlangten Belege der Q. Consulting mit der Begründung, dass der Beitrag derselben zur Klärung der streitigen Frage des Firmensitzes nicht klar sei. Sie legten einen Handelsregisterauszug des Kantons Schwyz, den Mietvertrag für den Büroraum sowie eine Erklärung des Vermieters bei (act. G 9/6 4.03, 10.03, 16.03, 22.03). Auf eine zweite Aufforderung der Steuerbehörde zur Einreichung der verlangten Unterlagen vom 29. April 2014 mit dem Hinweis, dass bei Nichteinreichung ein Entscheid aufgrund der vorhandenen Akten erfolge (act. G 9/6 4.04, 10.04, 16.04, 22.04), verweigerte das



St.Galler Gerichte

Ehepaar A.Y. und B.Y. mit Schreiben vom 4. Mai 2014 die Unterlageneinreichung und erklärte unter anderem sinngemäss, dass der Steuerkommissär die Unterlagen bei ihnen zuhause einsehen könne, sofern er hierfür eine nachvollziehbare Begründung liefere (act. G 9/6 4.05, 10.05, 16.05, 22.05). Mit Entscheiden vom 24. Juni 2014 wies das kantonale Steueramt die Einsprachen ab (act. G 9/6 5.01, 11.01, 17.01, 23.01, 26-29). Die hiergegen erhobenen Rechtsmittel (Rekurs und Beschwerde) wies die Verwaltungsrekurskommission des Kantons St. Gallen mit Entscheid vom 30. Juni 2015 ab (act. G 2).

B.

a. Gegen diesen Entscheid erhoben A.Y. und B.Y. mit Eingabe vom 7. August 2015 Beschwerde mit den Anträgen, der Entscheid sei aufzuheben und die Vorinstanz sei anzuweisen, ihnen den Kostenvorschuss von Fr. 2'000.-- zurückzuerstatten. Es sei ihnen eine Parteientschädigung zuzusprechen (act. G 1). Mit Eingabe vom 19. August 2015 reichten sie unter anderem zwei Bestätigungen betreffend Arbeitsplatz des Beschwerdeführers in bzw. Arbeitsweg nach O. ein (act. G 6).

b. In der Vernehmlassung vom 1. September 2015 beantragte die Vorinstanz Abweisung der Beschwerden und verwies zur Begründung auf die Erwägungen des angefochtenen Entscheids (act. G 8). Der Beschwerdegegner beantragte unter Verzicht auf eine Vernehmlassung Abweisung der Beschwerden (act. G 11). Die Beschwerdebeteiligte verzichtete stillschweigend auf eine Stellungnahme (act. G 12).

c. Auf die Vorbringen der Beschwerdeführer und die Akten wird, soweit für den Entscheid relevant, in den nachstehenden Erwägungen eingegangen.

Darüber zieht das Verwaltungsgericht in Erwägung:

1. Da die steuerrechtlichen Vorschriften des Bundes und der Kantone zur Veranlagung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit vereinheitlicht sind, hat die Vorinstanz den Rekurs betreffend die Kantons- und Gemeindesteuern einerseits und die Beschwerde betreffend die direkte Bundessteuer andererseits zu Recht im gleichen



Urteil, aber mit getrennten Dispositivziffern erledigt; unter diesen Umständen durften auch die Beschwerdeführer die Beschwerden in einer gemeinsamen Rechtsschrift erheben (BGE 135 II 260 E. 1.3). Ebenso ist es zulässig, dass das Verwaltungsgericht über die Beschwerden im gleichen Akt entscheidet (vgl. BGer 2C_440 und 441/2014 vom 10. Oktober 2014 E. 1.2; VerwGE B 2014/222 und 223 vom 25. Februar 2016, E. 1; www.gerichte.sg.ch).

Die sachliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts ist gegeben (Art. 59 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege, sGS 951.1, VRP; Art. 229 in Verbindung mit Art. 196 Abs. 1 des Steuergesetzes, sGS 811.1, StG; Art. 1 Abs. 3 und Art. 7 Abs. 2 der Verordnung zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, sGS 815.1; Art. 145 des Gesetzes über die direkte Bundessteuer, SR 642.11, DBG). Die Beschwerdeführer sind zur Beschwerde legitimiert, und ihre Eingabe vom 7. August 2015 (act. G 1) entspricht zeitlich, formal und inhaltlich den gesetzlichen Anforderungen (Art. 229 in Verbindung mit Art. 194 Abs. 1 StG in Verbindung mit Art. 64 und Art. 48 Abs. 1 VRP; Art. 145 in Verbindung mit Art. 140 Abs. 1 und 2 DBG). Auf die Beschwerden ist somit einzutreten.

Die Kognition des Verwaltungsgerichts ist auf Rechtsverletzungen beschränkt; die beschwerdeführende Person kann sich sodann auch darauf berufen, die angefochtene Verfügung oder der angefochtene Entscheid beruhe auf einem unrichtig oder unvollständig festgestellten Sachverhalt (Art. 61 VRP). Das Verwaltungsgericht entscheidet, ohne an die Begehren der Beteiligten gebunden zu sein (Art. 196 Abs. 2 StG).

2.

2.1. Streitig ist, ob die Vorinstanz im angefochtenen Entscheid die Verweigerung der steuerrechtlichen Anerkennung des zivilrechtlichen Sitzes der Q. Consulting im Kanton Schwyz in den Jahren 2008 bis 2010 zu Recht bestätigte. Bei persönlicher Zugehörigkeit - die Beschwerdeführer hatten in den erwähnten Jahren Wohnsitz in P., Gemeinde S. - ist die Steuerpflicht im Kanton St. Gallen unbeschränkt (Art. 13 Abs. 1 StG). Diese erstreckt sich jedoch nicht auf Geschäftsbetriebe ausserhalb des Kantons (Art. 15 Abs. 1 StG). Befindet sich der Wohnsitz eines Selbständigerwerbenden in



einem anderen Kanton als der Geschäftsbetrieb, steht die Besteuerung des Unternehmens dem Kanton zu, in welchem sich der Geschäftsort befindet (vgl. Art. 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [StHG]; SR 642.14). Die Steuerauscheidung erfolgt im Verhältnis zu anderen Kantonen nach den Grundsätzen über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung (Art. 16 Abs. 1 StG). Der Beschwerdeführer betrieb seine Unternehmung mit zivilrechtlichem Sitz in F./SZ in den streitigen Jahren als Einzelfirma. Letztere ist nicht selbständig steuerpflichtig und hat daher als solche auch kein Hauptsteuerdomizil. Steuerpflichtig ist der Inhaber. Dieser hat am Sitz bzw. am Ort der Leitung des Geschäfts ein Spezialsteuerdomizil des Geschäftsortes und nicht eine Betriebsstätte (Höhn/Mäusli, Interkantonales Steuerrecht, 4. Aufl., § 10 Rz. 15).

2.2. Ein Geschäftsdomizil ausserhalb des Hauptsteuerdomizils kann nicht schon aufgrund einer bloss formalen Erklärung (z.B. durch einen Handelsregistereintrag, einen Briefkasten oder gar ein Postfach) angenommen werden. Vielmehr muss sich die dortige Tätigkeit in ständigen körperlichen Anlagen und Einrichtungen entfalten, welche aber nicht im Eigentum des Inhabers zu stehen brauchen. Eine Geschäftsniederlassung wird verneint, wenn sie den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht und als künstlich geschaffen erscheint (BGer 2C_726/2010 vom 25. Mai 2011, E. 2.2). Wird ein solches Spezialsteuerdomizil geltend gemacht, so ist verlangt, dass sich die Erwerbstätigkeit hauptsächlich am Geschäftsort abspielt. Bei Tätigkeiten, die ihrer Natur nach nicht überwiegend von an sich vorhandenen ständigen Anlagen und Einrichtungen aus erbracht werden, sondern dezentral bei diversen Kunden bzw. Abnehmern, kann es nicht darauf ankommen, wo diese wohnhaft sind. Es genügt, wenn die übrigen Tätigkeiten (z.B. Vorbereitungs- sowie administrative Arbeiten) vorwiegend am Geschäftsort ausgeübt werden (BGer 2C_785/2011 vom 1. März 2012, E. 2.2). In Bezug auf die Beweislast (vgl. dazu auch BGer 2C_565/2016 vom 21. Dezember 2016, in: Steuerrevue Nr. 4/2017, S. 324 ff.) gilt grundsätzlich, dass es den Behörden obliegt, die subjektive Steuerpflicht als steuerbegründende Tatsache darzutun. Der steuerpflichtigen Person kann aber der Gegenbeweis für die von ihr behauptete subjektive Steuerpflicht an einem neuen Ort auferlegt werden, wenn die von der Behörde angenommene bisherige subjektive Steuerpflicht als sehr wahrscheinlich gilt. Dabei kann diese Regel nicht nur herangezogen werden, wenn der Ort des Hauptsteuerdomizils umstritten ist, sondern ebenso sehr dann, wenn ein



Nebensteuerdomizil in Frage steht, sei es, dass ein solches neu begründet oder ein bisheriges aufgehoben wird (BGer 2C_785/2011, a.a.O., E. 2.3. mit Hinweisen).

3.

3.1. Unbestritten blieb vorliegend, dass sich der Sitz der Einzelunternehmung vor dessen Verlegung nach M. bei O./SZ im Januar 2008 in P. (S.) - dem Wohnsitz der Beschwerdeführer - befand. Beweisbelastet für eine beschränkte Steuerpflicht im Kanton Schwyz für die Folgezeit sind in dieser Situation die Beschwerdeführer. Sie begründeten die Standortverlegung der Einzelunternehmung in den Kanton Schwyz mit Hinweis auf die ungenügende Internetverbindung und den mangelhaften Handyempfang in P. sowie die dortigen beengten räumlichen Verhältnisse bzw. die Beanspruchung des Büros durch den Betrieb der Beschwerdeführerin. Sie legten sodann den Handelsregisterauszug, den Mietvertrag für die Räumlichkeit in M. sowie eine Bestätigung des Vermieters vor und hielten fest, der Vermieter betreibe am Sitz der Einzelunternehmung ein Versicherungsbüro. Es sei dort genügend Platz und schnelles Internet vorhanden. Der Beschwerdeführer habe seinen Wohnsitz in P. täglich nach sechs Uhr verlassen und sei abends nie vor 18 Uhr zurückgekehrt (act. G 9/1 S. 5 f., G 9/8 S. 2 f.). Dem Handelsregister ist zu entnehmen, dass im Januar 2012 eine erneute Sitzverlegung - zurück nach P. - erfolgte. Während des ganzen Zeitraums war der Beschwerdeführer als Inhaber der Einzelunternehmung eingetragen.

3.2. Im angefochtenen Entscheid hielt die Vorinstanz fest, die Rückverlegung des Sitzes nach P. sei trotz der nach Angaben der Beschwerdeführer nach wie vor ungenügenden und instabilen Internetverbindung erfolgt. Die Ausführungen der Beschwerdeführer zum Internetanschluss erschienen als widersprüchlich und nicht glaubwürdig. Sie seien denn auch nicht durch entsprechende Unterlagen (Internet-Abonnement, Dokumente über die Erschliessung der Liegenschaft, Übersicht über die Netzabdeckung usw.) belegt. Anscheinend sei es (trotz geltend gemachter beengter räumlicher Verhältnisse und Nutzung des Büros durch den Betrieb der Beschwerdeführerin) zuvor und auch heute wieder möglich, die Einzelunternehmung in P. zu betreiben. Es sei nicht ersichtlich und werde auch nicht geltend gemacht, dass sich die Platzverhältnisse in P. vor oder nach den Sitzverlegungen der Einzelunternehmung in irgendeiner Art verändert hätten. Gemäss amtlicher Schätzung



weise das Wohnhaus eine Nutzfläche von 182 m² auf, wobei neben einer Wohnstube vier Zimmer bestehen würden. Bei dieser Sachlage sei ein Raum in der Grösse, wie er in M. bei O. gemietet werden könne, im Wohnhaus in P. ohne grössere Probleme unterzubringen. Auch diesbezüglich erscheine die Argumentation der Beschwerdeführer nicht stichhaltig. Das Mietobjekt werde im Vertrag als „pauschal Büroraum“ bezeichnet. Offenbar handle es sich nicht um einen abgeschlossenen Raum, sondern allenfalls um einen solchen zur Mitbenützung. Der Mietpreis von Fr. 1'200.-- pro Jahr weise ebenfalls darauf hin, dass es sich nicht um einen abgeschlossenen oder zur ausschliesslichen Benützung bestimmten Raum gehandelt habe. Auch enthalte der Vertrag keine Angaben über die nutzbaren Infrastrukturbereiche und darüber, wie diese zu erhalten seien. Der Vertrag enthalte die typischen Elemente einer fingierten Vermietung von Büroraum. Die Beschwerdeführer hätten den Nachweis einer erheblichen Tätigkeit am zivilrechtlichen Sitz in M. bei O. nicht erbringen können (act. G 2 S. 8 f.).

3.3. Die Beschwerdeführer halten fest, die Q. Consulting habe bis 2007 Aufträge im Rahmen von Business Analyse und Projektleitung ausgeführt. Diese hätten im Wesentlichen bei Kunden und auch in P. abgewickelt werden können. Dafür seien keine wesentliche technische Infrastruktur und auch kein fest eingerichteter Arbeitsplatz nötig gewesen. Die Arbeit zu Hause habe mit einem Laptop ohne Remote-Verbindung erledigt werden können. Ab Ende 2007 habe es Aufträge als IT-Entwickler gegeben, die andere Ansprüche gestellt hätten. Mit dem neuen Sitz in O. habe sich eine praktikable Lösung gefunden. Die Liegenschaft in P. habe bis Mai 2015 nicht über einen Kabelanschluss verfügt. Das Internet über eine antike Telefonleitung sei für die Arbeit (IT-Entwicklung) unbrauchbar gewesen. Anfragen bei der EVS S. AG, Sunrise, Cablecom und Swisscom seien erfolglos geblieben. EVS werde diese Tatsache bei Bedarf gerne bestätigen. Die Vorinstanz übersehe, dass die Q. Consulting ihre Geschäftstätigkeit bereits 2011 eingeschränkt und 2012 bis 2014 eingestellt habe. Folgerichtig sei der Mietvertrag in O. gekündigt und der Sitz nach P. verlegt worden. Sodann habe in den Jahren 2008 bis 2010 ihr Sohn bei ihnen gewohnt und ein Zimmer belegt. Ausserdem hätten bei ihnen ständig (Kost und Quartier) ein bis zwei Angestellte des Betriebes gewohnt. Ab 2011 habe sich die Situation geändert, da ihr Sohn ausgezogen sei und die Q. Consulting nun dessen Zimmer als ständiges Büro habe nutzen können. Ein ständiges Büro für einen IT-Entwickler sei in der fraglichen Zeit in P.



St.Galler Gerichte

nicht möglich gewesen. Unerheblich sei, ob es sich beim Büro in O. um einen abgeschlossenen Raum gehandelt habe. Ein Schreibtisch, ein Stuhl, ein Aktenschrank sowie Internetanschluss, Server, Bildschirme und Handy würden für die Arbeit eines IT-Entwicklers genügen (act. G 1).

3.4.

3.4.1. Die Beschwerdeführer legen für die von ihnen angeführte veränderte Auftrags- und Tätigkeitsstruktur in der Einzelunternehmung ab 2008 (IT-Entwicklung anstelle von Business Analyse und Projektleitung) und die daraus abgeleitete Notwendigkeit einer entsprechenden - in P. nicht vorhandenen - EDV-Infrastruktur keinerlei Belege ins Recht und machen auch keine näheren Ausführungen hierzu. Ein Anlass für die Sitzverlegung im Januar 2008 lässt sich hieraus somit nicht erkennen. Die Vorinstanz weist sodann darauf hin, dass die Ausführungen der Beschwerdeführer zum Internetanschluss nicht durch entsprechende Unterlagen (Internet-Abonnement, Dokumente über die Erschliessung der Liegenschaft, Übersicht über die Netzabdeckung usw.) belegt sind. Entgegen der Auffassung der (beweisbelasteten; vgl. vorstehend E. 2.2 und 3.1) Beschwerdeführer war es nicht Sache der Vorinstanz, diesbezüglich bei der EVS S. AG nachzufragen, Tatsachen betreffend die Internetleitung zu recherchieren oder die von den Beschwerdeführern geschilderte Internet-Historie (act. G 1 S. 2 unten) zu verifizieren. Einzig die von den Beschwerdeführern nunmehr dokumentierte Tatsache des Anbieterwechsels im Jahr 2012 (act. G 3.1) stellt keinen Umstand dar, welcher den im Jahr 2008 erfolgten Sitzwechsel der Einzelunternehmung in den Kanton Schwyz zu erklären vermöchte. Im Weiteren blieb die vorinstanzliche Feststellung unbestritten, wonach es sich bei dem im Vertrag als „pauschal Büroraum“ bezeichneten Mietobjekt in O. zum Preis von Fr. 1'200.-- pro Jahr bzw. Fr. 100.-- pro Monat einschliesslich Gas-, Wasser- und Stromverbrauch (vgl. act. G 9/2/10 f.) nicht um einen abgeschlossenen Raum gehandelt hatte, sondern allenfalls um einen solchen zur Mitbenützung. Nicht belegt ist unter diesen Umständen - unter Einbezug der von den Beschwerdeführern geschilderten räumlichen Verhältnisse im Wohnhaus in P. (act. G 1 S. 3 f.) -, dass dort in den Jahren ab 2008 ein nicht abgeschlossener Raum (zur Mitbenützung), wie er in M. bei O. verfügbar war, nicht zur Verfügung gestanden hätte. Die Beschwerdeführer anerkennen denn auch, dass ein abgeschlossener Raum nicht erforderlich war und ein



ständiger (in einem Grossraumbüro auch wechselnder) Arbeitsplatz genügte (act. G 1 S. 5 f.).

3.4.2. Soweit sich die Beschwerdeführer auf eine Bescheinigung des Vermieters vom 30. Juni 2014 betreffend regelmässige Nutzung des gemieteten Raumes durch den Beschwerdeführer (act. G 9/2/11, G 9/6 4.03 Beilage) berufen, kann allein gestützt hierauf nicht als zureichend dargetan gelten, dass sich die geschäftliche Tätigkeit hauptsächlich an diesem Ort (vgl. vorstehende E. 2.2) abspielte. Sodann ergibt sich aus der Bescheinigung des Sohnes der Beschwerdeführer (act. G 6.6) lediglich die gemeinsame Absolvierung des Wegs nach O. Die regelmässige Benützung des gemieteten Raums durch den Beschwerdeführer für seine Erwerbstätigkeit wird damit noch nicht belegt. Letzteres gilt auch für die Bestätigung eines Geschäftspartners vom 19. August 2015, wonach er gelegentlich im Büro der Einzelfirma in O. gewesen sei (act. G 6.5), sowie für die vom Beschwerdeführer bei Bedarf angebotene Zeugin, welche bestätigen könne, dass sie ihn wiederholt morgens in O. abgesetzt und abends dort wieder abgeholt habe (act. G 1 S. 6). Zu Recht weist die Vorinstanz im Weiteren darauf hin, dass die Beschwerdeführer aus BGer 2C_667/2008 vom 2. März 2009 nichts für ihren Standpunkt ableiten können, da in jenem Fall der Wohnsitzkanton das Spezialsteuerdomizil der Geschäftsniederlassung während einiger Jahre anerkannt hatte. Er hatte daher das Vorliegen von Tatsachen für eine Praxisänderung nachzuweisen. Vorliegend lag eine solche Anerkennung durch den Wohnsitzkanton zu keinem Zeitpunkt vor. Das Vorbringen der Beschwerdeführer, wonach die Q. Consulting ihre Geschäftstätigkeit bereits 2011 eingeschränkt bzw. 2012 bis 2014 eingestellt und als Folge davon ihren Sitz wieder nach P. verlegt habe, ist vor dem geschilderten Hintergrund nicht geeignet, einen Sitz der Einzelunternehmung im Kanton Schwyz ab 2008 zu belegen. Im Übrigen ist zum Vorbringen, dass der Kanton Schwyz den Firmensitz anerkannt habe und auf dem Steuersubstrat bestehe (act. G 1 S. 2), festzuhalten, dass eine allfällige Doppelbesteuerung vor Bundesgericht gerügt und die Aufhebung der Veranlagung verlangt werden kann (BGer 2C_26/2012 vom 8. Mai 2012, E. 1.2).

3.5. Die Beschwerdeführer führen zum Vorwurf der Vorinstanz betreffend schikanöses Verhalten im Zusammenhang mit der Zustellung von verlangten Unterlagen (act. G 2 S. 9 f.) sinngemäss aus, sie hätten die Einreichung von Belegen verweigert, da diese für



das Verfahren nicht nutzdienlich gewesen seien. Sie hätten jedoch eine Einsichtnahme (bei ihnen zuhause) angeboten. Dieses Angebot sei ohne Begründung abgelehnt worden. Die Vorinstanz habe zudem bestenfalls minimale Recherchen vorgenommen, im Wesentlichen sich aber die Sichtweise des Steuerkommissärs angeeignet (act. G 1 S. 5).

Gemäss Art. 126 Abs. 1 DBG bzw. Art. 170 StG muss der Steuerpflichtige alles tun, um eine vollständige und richtige Veranlagung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck muss er auf Verlangen der Veranlagungsbehörde unter anderem Belege vorlegen. Soweit das Gesetz dem Steuerpflichtigen auferlegt, Behauptungen auf bestimmte Weise zu belegen, hat die Behörde davon auszugehen, dass behauptete Tatsachen, die der Steuerpflichtige nachzuweisen unterlässt, obschon das Gesetz ihm die Beweispflicht auferlegt, nicht zu berücksichtigen sind (vgl. Zigerlig/Oertli/Hofmann, Das st. gallische Steuerrecht, 7. Aufl. 2014, VII. Rz. 24). Kann von den Privaten nach den Umständen eine Handlung oder eine Äusserung erwartet werden und bleibt eine solche aus, so haben die Behörden nicht nach Tatsachen zu forschen, die nicht aktenkundig sind. Eine Mitwirkungspflicht besteht insbesondere für die Beschaffung von Unterlagen, welche nur die Parteien liefern können, und für die Abklärung von Tatsachen, welche eine Partei besser kennt als die Behörde (Häfelin/Müller/Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 6. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2010, Rz. 1630 mit Hinweis auf BGE 130 II 499, 464 und 128 II 139, 142 f.). Vor diesem Hintergrund war es nicht Sache der Beschwerdeführer zu entscheiden, welche Unterlagen für das Verfahren wesentlich und welche als unwesentlich einzustufen sind und je nachdem Unterlagen zuzustellen oder nicht. Die Frage, ob die diesbezügliche Verweigerung und das Angebot, die Akten am Wohnort einzusehen, „nachgerade schikanös“ (act. G 2 S. 10) waren oder nicht, braucht insofern nicht geklärt zu werden, als deren Beantwortung nichts zur Erledigung dieses Verfahrens beizutragen vermöchte.

4. Die Beschwerdeführer beanstanden im Weiteren die zweimalige Einforderung eines Kostenvorschusses im vorinstanzlichen Verfahren (act. G 1 S. 5). Der Zerteilung des Kostenvorschusses liegt die Aufteilung des vorinstanzlichen Verfahrens in einen kantonalrechtlichen (Rekurs; Kantons- und Gemeindesteuern) und bundesrechtlichen Teil (Beschwerde; direkte Bundessteuer) zugrunde. Das Vorgehen der Vorinstanz, den



Kostenvorschuss auf die beiden Verfahren aufzuteilen und mit zweimal Fr. 1'000.-- in Rechnung zu stellen (act. G 9/3), ist von daher erklärt und nicht zu beanstanden.

5.

5.1. (...).

5.2. (...).

Demnach erkennt das Verwaltungsgericht zu Recht:

1. Die Beschwerdeverfahren B 2015/146 und B 2015/147 werden vereinigt.
2. Die Beschwerde betreffend Kantons- und Gemeindesteuern 2008 bis 2010 wird abgewiesen.
3. Die Beschwerde betreffend direkte Bundessteuer 2008 bis 2010 wird abgewiesen.
4. Die Beschwerdeführer bezahlen amtliche Kosten von Fr. 3'000.--, unter Verrechnung mit den von ihnen geleisteten Kostenvorschüssen.
5. Ausseramtliche Kosten werden nicht entschädigt.

Der Präsident

Der Gerichtsschreiber

Eugster

Schmid